SP-Telegramm

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

1500 Delegierte und Gäste haben am 2./3. März im Berner Kursaal den Parteitag der SP Schweiz besucht. Das Grossereignis war nicht nur ein Rendez-vous für SP-Aktivistinnen und -Aktivisten. der Parteitag fasste Beschlüsse, die die Schweizer Politik bis zur Jahrtausendwende beschäftigen werden. Mit dem Manifest für Europa hat die SP Schweiz als erste grosse Partei hierzulande eine differenzierte europapolitische Programmatik: Wir wollen Beitrittsverhandlungen zur EG, um nicht mit einem vagen EWR-Vertrag Dauergast im Vorzimmer bleiben zu müssen. Diese EG-Annäherung ist aber gekoppelt mit klaren verkehrs- und umweltpolitischen Vorgaben. Wir wollen hier keine Rückschritte und insbesondere nicht mehr Schwerverkehr durch die Alpen. Der Weg nach Europa braucht aus SP-Sicht zudem viel innere Reformen in der Schweiz, und die EG selber muss in den nächsten Jahren von der Bürokratie zur Demokratie finden. Dass die grossen Probleme der Gegenwart grenzüberschreitend europa- und weltweit angepackt werden müssen und können hat im übrigen die Heidelberger SPD-Oberbürgermeisterin Beate Weber in einen fulminanten Parteitagsreferat deutlich gemacht.

Der zweite Markstein des SP-Parteitags ist der einstimmige Beschluss für eine Gleichstellungs-Manifest. Die SP Schweiz will im Hinblick auf die Wahlen im Herbst der Gleichstellungspolitik oberste Priorität einräumen. Die Schweizerinnen können bekanntlich seit erst 20 Jahren wählen und abstimmen. Seit 10 Jahren haben sie verfassungsmässig garantierte gleiche Rechte. Die gesetzliche und gesellschaftliche Realität ist davon aber noch weit entfernt. Wir wollen deshalb sofort eine Gleichstellungsgesetz, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Rechte am Arbeitsplatz und bei den Sozialversicherungen und nicht zuletzt mehr Frauenmandate in den politischen Behörden. Dritter Schwerpunkt der Parteitagsbeschlüsse sind die beiden Volksinitiativen für ein Kriegsmaterialexportverbot sowie für weniger EMD und mehr Friedenspolitik. Das Waffenausfuhrverbot ist die Konsequenz aus den Waffenschieberskandalen im Umfeld des Golfkrieges und entspricht einem breiten Bedürfnis vieler friedenspolitisch und kirchlich geprägter Kreise. Die Abrüstungsinitiative will die EMD-Ausgaben in 10-Prozent-Schritten auf die Hälfte der heute 6 Milliarden Franken senken und das freiwerdende Geld für weltweit friedenserhaltende und friedensfördernde Massnahmen sowie die soziale Sicherheit im Innern einsetzen. Völlig mit dieser Politik einverstanden erklärte sich am Parteitag auch der Friedensforscher Johan Galtung vom Olaf-Palme-Lehrstuhl in Stockholm, der vor den Delegierten ein brillantes Referat zu seinem 12-Punkte-Friedensplan für die Golfregion gehalten hat.

Ökologischer Umbau der Wirtschaft ist eines der wirtschaftspolitischen Schlüsselworte der SP Schweiz. Dazu hat die SP-Fraktion eine Studie in Auftrag gegeben, woraus ein Buch mit dem Titel «Umweltabgaben für die Schweiz» veröffentlicht worden ist. Es ist am 22. Februar in Bern der Presse vorgestellt worden und kann nicht nur im Buchhandel, sondern auch bei der SP Schweiz bezogen werden. Die Autoren Ruedi Meier und Felix Walter verlangen marktwirtschaftlich wirkende Umweltabgaben, die sie nach dem Prinzip des ökobonus wieder zurückverteilen wollen.

Erfreuliches und weniger Erfreuliches von Kantonalwahlen in Basel-Land bzw. den Kommunalwahlen in Genf am Wochenende des 23./24. März: Sehr gute Ergebnisse erzielten die beiden Baselbieter Regierungsräte Edi Belser und Peter Schmid. Die beiden SP-Regierungsratssitze sind mit ihnen wieder gesichert. Weniger gut liefen die Landratswahlen, wo die SP erneut Stimmanteile einbüsste. Basel-Land rückte zumindest auf Parlamentsebene weiter nach rechts. Anderseits gingen von 21 SP-Mandaten 13 an SP-Frauen.

Ebenfalls am Ziel vorbei sind die Genfer Kommunalwahlen gegangen. Die SP legte zwar Stimmenprozente zu, verfehlte es aber, entscheidend vom Debakel der rechtsextremen Vigilance zu profitieren. Ein knapper rot-grüner Wahlerfolg gab es bei den Wahlen in die Exekutive der Stadt Genf: Der grüne Kandidat entschied mit nur drei Stimmen Vorsprung auf die CVP-Kandidatin das Rennen für sich und damit für die Allianz von SP, PDA und Grünen. Mit dem zweitbesten Resultat hinter Stadtpräsident André Hediger verbuchte die im Vorfeld der Wahl stark angegriffene SP-Kandidatin Jacqueline Burnand einen sehr schönen persönlichen Erfolg.

Gross aber war der Wahlerfolg in Zürich. Ein zweiter Sitz im Regierungsrat und neun Mandate mehr im Kantonsrat. Am Wahlsieg der Zürcher SP gibt es nichts mehr zu rütteln. Moritz Leuenberger hat einen roten Sitz zurückerobert, der vor 28 Jahren verloren gegangen war. Die eingeschliffene parteipolitische Zusammensetzung der Zürcher Exekutive hatte damit endlich die notwendige Veränderung erfahren. Die Sitzgewinne im Kantonsrat sind ebenso beeindruckend. Die SP-Fraktion vergrössert ihre Mitgliederzahl von 34 auf 43 Parlamentsmitglieder. Bermerkenswert auch hier, dass mit 15 Kantonsrätinnen in der neuen Fraktion mehr als ein Drittel Frauen sitzen werden.

Ein Misserfolg ist aus dem Tessin zu melden, der sehr spezifische Ursachen hat. Die CVP konnte ihren vor vier Jahren wegen taktischer Fehler verlorenen zweiten Staatsratssitz zurückholen. Den somit überzähligen zweiten linken Regierungssitz musste nun der PST abgegben. Linker Streit in einem stark dominierten bürgerlichen Umfeld lohnt sich nie. Das zeigten schliesslich auch die Grossratswahlen, wo sowohl der PST mit zwei Sitzen als auch der auf der Regierungsebene noch erfolgreiche PSU mit einem Sitz zu den Verlierern gehört. Wie weit dabei die neue «Lega dei Ticinesi» als Protestbewegung auch der Linken geschadet hat, ist offen.

Im Gegensatz zum Tessin haben im Kanton Luzern die personellen und die politischen Voraussetzungen bei der SP für die Wahlen gestimmt. Regierungsrat Paul Huber ist offensichtlich für die Luzerner SP nicht nur ein schneidiges Zugpferd sondern auch eine wichtige Integrationspersönlichkeit. So ist der Wahlsieg unerwartet deutlich ausgefallen. In dem nach wie vor CVP-dominierten Kanton kommt die SP erstmals auf 16 Sitze im Grossen Rat. Das sind 50 Prozent mehr als bisher.

Der Nationalrat hat nach verschiedenen Verzögerungen des Traktandums, am letzten Tag der Frühlingssession Jean Ziegler die parlamentarische Immunität in einem Ehrverletzungsverfahren verweigert. Damit vollzog das Bundesparlament eine möglicherweise folgenschwere Wende der bisherigen Praxis. Eine weitgehend persönlich motivierte Abrechnung mit Jean Ziegler gefährdet nun längerfristig den Schutz der Meinungsäusserungsfreiheit demokratisch gewählter Parlamentsmitglieder. Das ist ein schlechtes Zeichen für die Schweizer Demokratie. Es wird wieder kälter in unserem Land. Bleibt zu hoffen, dass es Jean Ziegler nun wenigstens gelingt, dem von ihm als Spekulant und Oelschieber bezichtigen Genfer Financier vor Gericht nichts schuldig bleiben zu müssen.